

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 135

Mittwoch den 16. Juni 1920

79. Jahrg.

Trimborn mit der Kabinettsbildung beauftragt

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Ententruppen rücken in den nächsten Tagen aus der zweiten schlesischen Zone ab, die dann wieder von deutschen Truppen besetzt wird.

* Der Reichspräsident hat jetzt den Zentrumsabgeordneten Trimborn mit der Kabinettsbildung beauftragt.

* In Paris wurde der bekannte Führer der Albaner, Ghab Wolfo, von einem albanischen Studenten erschossen.

* Die polnischen Truppen haben die Stadt Kiew wieder räumen müssen.

Zentrumsfunst.

Der Becher des neuen Kabinetts wird der Reihe nach herumgereicht. Herr Müller, der dritte Kanzler der deutschen Republik, hat ihn sofort weitergegeben, und auch Dr. Heinze, der Führer der Deutschen Volkspartei, wendet sich, kaum daß er daran genippt, schauernd von dem nicht weniger als verführerischen Getränk wieder ab. Herr Trimborn, der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, ist nun der dritte, der sich mit diesem Nektar versuchen soll. Wird er mehr mit ihm anzufangen wissen, als seine beiden Vorgänger?

Wie Herr Müller ein ganz langer Briefwechsel mit den Unabhängigen, so genigte Herrn Dr. Heinze eine ganz kurze Wästelrede mit den Mehrheitssozialdemokraten, um von dem Auftrag zur Bildung eines neuen Reichskabinetts unverzüglich wieder zurückzutreten. Denn die sozialdemokratische Fraktion hatte am Sonntag vormittags einstimmig ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Reichsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Sie hat ferner erklärt, daß zurzeit nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei, nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Erwerbenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, und daß die Unabhängigen die Verantwortung für diese Situation zu tragen haben. Und endlich hat sie eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten gegenwärtig als unmöglich bezeichnet. Daraufhin mußte Dr. Heinze einsehen, daß seine Bemühungen zur Bildung einer Koalition nach links keine Aussichten böten, und infolgedessen den Auftrag des Reichspräsidenten an diesen zurückgeben. Herr Ebert hatte daraufhin am Montag vormittags eine längere Besprechung mit Herrn Trimborn, in der nun schon von dem außerordentlichen Ernst der politischen Lage die Rede war. Herr Trimborn seinerseits wies auf die „großen Schwierigkeiten“ hin, mit denen die Bildung der ihm zugebachten Aufgabe verbunden sei, erklärte sich jedoch schließlich bereit, den Auftrag zu übernehmen. Er weiß, wie die Dinge sich inzwischen gestaltet haben, daß er dabei von den sozialistischen Parteien der Linken vollkommen absehen muß, da diese nunmehr sich zu einer geschlossenen Oppositionsfront vereint haben. So geschehen auch der Beschluß der Mehrheitspartei betont, daß nur eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten gegenwärtig unmöglich sei, so klar ist es doch, daß die härteste Partei des Reichstages im Augenblick jede Verantwortung für den weiteren Gang der Dinge ablehnt. Herr Trimborn muß also zusehen, ob und wie er ein Kabinett ohne Sozialdemokratie zustande zu bringen vermag.

Welche Wege stehen ihm dazu offen? Ein Bündnis mit der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei wäre natürlich rasch hergestellt. Aber damit wäre gar nichts zu hoffen. Schon zahlenmäßig nicht, und auch nicht wegen des allzu einseitigen Charakters einer solchen Koalition. Daß die Demokraten für sie zu gewinnen wären, erscheint ausgeschlossen, da sie keineswegs gewillt sind, die Fäden nach links hin auch ihrerseits lösen zu lassen, selbst nachdem die Sozialdemokraten ihnen darin mit so unmissverständlichem Beispiel vorgegangen sind. Die Demokraten hielten es immer für ihre ganz besondere Aufgabe, zwischen Bürgerpartei und Arbeiterpartei keine unüberbrückbare Kluft entstehen zu lassen. Sie haben dabei keine beneidenswerte Rolle gespielt, und die Kluft hat sich nun doch, ohne jedes Zutun von ihrer Seite, unter dem Druck, der von links her auf die Mehrheitssozialdemokraten ausgeübt wurde, geöffnet. Die politische Logik müßte dazu führen, daß daraufhin auch die Demokraten ihre Stellung revidieren. Zweifellos würde auch eine leichte Wendung nach rechts bestimmten Gruppen der Partei sehr willkommen sein. Die Oberhand aber dürfen doch die Anhänger der bisherigen Richtung der Partei behaupten, schon um deswillen, weil sich ja die innere Lage möglicherweise sehr bald wieder von Grund aus ändern wird. Bleibt nur der letzte Ausweg, daß Herr Trimborn nach rechts hin die Deutschnationalen und nach links hin die Sozialdemokraten bei der Kabinettsbildung außer Betracht läßt, also neben seiner eigenen Partei nur Demokraten und Deutsche Volkspartei zur eigentlichen Regierungsbildung heranzieht, und zwar auf der Grundlage eines Programms, das den nicht beteiligten Parteien für die

eine Art wohlwollende Neutralität erträglich erscheinen ließe. Sicher wäre das nicht viel mehr als ein Nothelfer, und man müßte jeden Augenblick auf ein Verlangen dieser Besetzungskontingente gefaßt sein. Aber der parlamentarischen Zentrumskunst sind in langjähriger, vielbewegter Übung schon allerhand Unmöglichkeitkeiten gelungen. Vielleicht wird sie sich auch diesmal bewähren, nachdem andere Heilsmittel versagt haben. Der vom Reichspräsidenten hervorgehobene „Ernst der Situation“ kann ihr dabei ebenso gut nützliche Dienste leisten wie er auch die angelegentlichsten Bemühungen umschleichen konnte. Herr Trimborn, der frühliche Rheinländer, wird nicht ganz so groß zupacken, wie die Müller und Heinze es getan haben.

Als allerletzter Notausgang wird immer wieder, mehr von rechts als von links her, die Bildung eines Sachkabinetts empfohlen. Dann wäre es aber auch wirklich schon Ratthai am letzten mit uns, und wir dürfen uns nicht wundern, wenn in diesem Zusammenhang auch erneut von angeblichen Minderheitsabreden des Reichspräsidenten gesprochen wird. Köme es sonnen, dann hätten wir unmittelbar dem vollkommenen Chaos gegenüber, und von ihm zum Bürgerkrieg wäre nur noch ein Schritt. Wer diese Möglichkeit bedenkt, der kann nur von Herzen wünschen, daß der Becher des neuen Kabinetts in der Hand des Herrn Trimborn verbleiben möge.

Die französischen Bluttaten in Schlesien.

Angeheuer Erregung der Bevölkerung. Die Wehr- und Kommissions für Deutschland, Unterkommission für Ostpreußen, hat infolge der blutigen Vorgänge an die amerikanische, englische und italienische Vorkommission in Berlin, sowie an die deutsche Regierung in Oppeln nachfolgendes Protesttelegramm geschickt:

„Soldaten der französischen Besatzung haben im Weichseln Französischer Offiziere eine schwere Bluttat gegen zwei Schüler des hiesigen Gymnasiums verübt. Die Erregung der Bevölkerung ist aufs höchste gesteigert. Schwere Auseinandersetzungen sind zu befürchten, wenn nicht für die Zukunft die Wiederholung der zahlreichen Übergriffe der bisherigen Besatzungstruppen durch deren Entsendung vermieden wird. Wir bitten einzugreifen, um dem ober-schlesischen Volke endlich die langerrichtete Ruhe zu geben. Die hierher entsandten französischen Truppen scheinen nicht die Eigenschaften zu besitzen, um die der internationalen Kommission durch den Friedensvertrag gestellten Aufgaben zu erfüllen.“

Aber den Vorfällen selbst ist noch zu berichten, daß den beiden Verletzten von Seiten der französischen Besatzungskommission ein Schmerzensgeld zugesprochen wurde. Eine Entschädigung seitens der Franzosen wegen der Tat selbst hat aber bislang nicht stattgefunden. Der Schüler Red wurde operiert. Die Ärzte hoffen, ihn am Leben zu erhalten. Die Namen der französischen Soldaten wurden festgestellt.

Das Steuereperiment!

Steuern, die man nicht verstecken kann. In der letzten Sitzung des Reichstages gelangte der umfangreiche Entwurf von Ausschreibungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz zur Beratung. Ein Exemplar dieses Entwurfes kommt auf nicht weniger als 100 Mark zu stehen. Die Materie war so schwierig, daß erst jetzt ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes, die Ausführungsbestimmungen fertiggestellt werden konnten. Der Ausschuss hat darüber in vier Sitzungen beraten und nochmals alle Bedenken erwoogen, die gegen das Umsatzsteuergesetz im ganzen schon früher geäußert worden sind. Insbesondere wurde geltend gemacht, im Publikum werde man beim besten Willen die Vorschriften nicht verstehen können, ihre Durchführung wäre unmöglich und würde zu unerträglichen Härten führen. Die obersten Steuerbehörden würden keine Kontrolle üben können, so daß die Ausführungsbestimmungen größtenteils auf dem Papier liegen bleiben würden. Das Reichsfinanzministerium vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß es sich um ein Experiment handle, von dem man wissen müsse, ob es glücken werde. Man müsse abwarten, wie die Bestimmungen in der Praxis wirken würden und sich eine Nachbesserung, vielleicht schon vier bis fünf Monaten vorbehalten. Der Versuch aber müsse gemacht werden. Die Ausschüsse des Reichstages haben sich bestrebt, Härten zu mildern und das Verfahren unklarheit zu vereinfachen. Ihre Bemühungen sind aber zum Teil am Widerstand des Reichsfinanzministeriums gescheitert, so daß es nur möglich geworden ist, auch z. B. für die wissenschaftlichen und künstlerischen Produktionsarten Erleichterungen einzuführen. Auch diese sollen bekanntlich der Landesregierung unterliegen, die aber in diesem Falle nicht abgemildert werden kann. Das Finanzministerium hat darauf verzichtet, daß im neuen Reichstag gerade dieser Punkt weiter verhandelt werden solle. Von den Beschlüssen der Ausschüsse ist u. a. zu erwähnen, daß für Betriebe von Gemeinden, von Ländern und des Reiches Steuerfreiheit gelten soll für alle Leistungen, die regelmäßig mit dem Betriebe verbunden sind, also z. B. für den Verkauf von Holz und Tee durch die Gutsbesitzer. Ein Antrag Wetzels, die Staats- und Gemeindefiskalbeamten von der Umsatzsteuer zu befreien, scheiterte am Widerstand des Finanzministeriums. Es gelang nur, eine Bestimmung durch-

Interessante Mitg. für die 6-geliebte Korrespondenz über deren Raum, Leipzig Nr. 28614. Mitg. für die 6-geliebte Korrespondenz über deren Raum, Leipzig Nr. 28614. Mitg. für die 6-geliebte Korrespondenz über deren Raum, Leipzig Nr. 28614.

zubringen, daß Steuerfreiheit für die von Staaten und Gemeinden unterhaltenen Theater eintreten soll, soweit es sich um solche Anlagen handelt, bei denen die Entgelt hinter denen zurückbleiben, die ein Privatunternehmer für gleichartige Darbietungen erzielt. Besonders wichtig war die dem Reichstag überlassene Abgrenzung des Umfangs der Gegenstände, die der Landesregierung unterliegen sollen. Hier sind einige Milderungen erfolgt, z. B. wurden Laichentiere ausgenommen, weil sie schon der Hundsteuer unterliegen, ebenso Photographien, die Kunstwerke wiedergeben. Visitationen wurden von der Hundsteuer ausgenommen und die Steuerpflicht auf Sanatorien beschränkt. Die Vergütung, daß der eigene Verbrauch erit am Schluß des Jahres geschätzt werden darf, wurde auf alle landwirtschaftlichen Unternehmer ausgedehnt.

Die Reichsschulkonferenz.

Berlin, 14. Juni.

Die Aussprache über den Unterrichtsbericht schloß gestern Unterstaatssekretär Schulz ab, indem er auf die Unmöglichkeit des Problems der Arbeitsschule hinwies. Durch die Verfassung ist die Arbeit als Erziehungsfaktor angemeldet. Es gilt Mittel und Wege zu suchen, um für diesen Gedanken die Form zu finden.

Montag wurde die Frage der Lehrerbildung besprochen. Der erste Referent, Reichsminister Schulz, hob hervor, daß bereits Einverständnis darüber herrsche, daß sämtliche Lehrer eine höhere Schule besuchen sollten, aber daß sich die Weiler da schieden, wo es sich um den Übergang zur Unversität handle. Bei den Lehrern ist ein enger Zusammenhang mit der Wissenschaft deshalb nicht so nötig, weil sie ohne diesen Zusammenhang hervorragende Lehrer- und Erziehungspersonal sein können. Schulkoln Minister hat sich für eine Vereinfachung des geltenden Lehristandes, weil aber eine mechanische Abgrenzung der Bildungswege nicht möglich ist, allerdings dürfen die Wege nicht gegeneinander laufen, sondern parallel, und das Bestreben der höheren und tieferen Bildung muß schwinden.

Der Vorsitzende des Berliner Lehrervereins, Herr Rektor Bregel, der einleitend bemerkte, er kenne aus eigener Erfahrung die höhere Schule und die Unversität nicht, sieht die Chancen der Ob- und Unterbildung in der Vernachlässigung der Mittelschule, die der Volksschullehrerbildung in der Vernachlässigung der Wissenschaft. Beide müssen einander angenähert und vereint werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Verhaftung deutscher Mehrheitssozialisten durch die Franzosen. In Ludwigshafen verhafteten die Franzosen eine Reihe von Mehrheitssozialisten, darunter die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses und des Angestelltenausschusses, sowie ein Mitglied des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Wohnungen der Verhafteten wurden nach Schlüssel durchsucht. Einer der Verhafteten, der Stadtrat Löbner wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Man bringt die Verhaftungen mit den unlängst erfolgten Ausschreitungen in der Anilin-Fabrik in Zusammenhang. Die Arbeiterpartei fordert die Freilassung der Verhafteten und droht für den Fall der Ablehnung mit dem Ausstand.

* Begnadigungen im Ruhrgebiet. Von 451 durch die außerordentlichen Kriegesgerichte des Ruhrgebietes verurteilten Personen sind 600 Begnadigungen eingereicht worden. Bisher sind 141 dieser Gesuche erledigt worden, und zwar hat der Reichspräsident in 115 Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 26 Fällen das Gesuch abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen 600 Gesuche wird vom Reichsjustizministerium mit aller Beschleunigung vorbereitet und ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten. Von den zahlreichen während der Karneval im Ruhrgebiet verhafteten, im Sammellager und anderen Gefangenenanstalten untergebrachten Personen sind inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nur die gemeiner oder schwerer Vergehen und Verbrechen Verdächtigen werden weiter in Haft behalten.

* Schwierige Regierungsbildung in Braunschweig. In der Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechten, die Wahl einer neuen Landesregierung solange auszuschieben, bis die Frage der Bildung der neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei Unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es fehlte der nötige Teil der Fraktion des Landesverbandes. Darauf wurde die Wahl der Regierung auf die nächste Sitzung verlegt.

* Auflösung der Truppenabwicklungsstellen. Da die Truppenabwicklungsstellen zum 1. Oktober 1920 aufgelöst werden, so ist es angelegentlich, familiäre Anliegen (wie Anfordern von Personalpapieren usw.) spätestens bis zum 1. August 1920 bei der zuständigen Abwicklungsstelle anzubringen, da nach diesem Zeitpunkt auf baldige Abwicklung nicht mehr zu rechnen ist.